

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
– Verein für Socialpolitik –

Vorsitzender: Prof. Dr. Gernot Gutmann, Universität zu Köln

Stellvertr. Vorsitzender: Prof. Dr. Dr. h. c. Walther Busse von Colbe, Ruhr-Universität Bochum

Schatzmeister: Prof. Dr. Dr. h. c. Leonhard Gleske, Deutsche Bundesbank, Frankfurt/M.

Schriftführer/Geschäftsführer: Dr. Werner Klein, Universität zu Köln

Geschäftsstelle: Albertus-Magnus-Platz, D-5000 Köln 41, Tel. (02 21)4 70 - 26 03 oder 44 10

Berichte aus der Arbeit der Gesellschaft

Ausschuß für Unternehmenstheorie und -Politik

Auf der Sitzung des Ausschusses am 8. und 9. Mai 1987 im Parkhotel Waldlust, Oberursel, wurden vier Referate vorgetragen und diskutiert:

Prof. Dr. *Michael Bitz*, Universität Hagen, referierte über „Die Ermittlung gebrauchtsabhängiger Abschreibungen als investitionstheoretisches Partialproblem – Ein Beitrag zur Verknüpfung von Kosten- und Investitionsrechnung“.

Hierbei ging es um die Frage, wie der Einsatz solcher Betriebsmittel sachgerecht zu bewerten ist, deren Lebensdauer nicht durch den reinen Zeitablauf, sondern allein durch die Erschöpfung eines fest vorgegebenen Leistungspotentials begrenzt wird. In der traditionellen Kostentheorie sieht man für diesen Fall üblicherweise die sog. gebrauchtsabhängige Abschreibung vor. Der nicht von vornherein geplante Mehreinsatz eines Betriebsmittels kann je nach Art der Anpassungsreaktion u.U. zu einer Vorverlagerung des vorgesehenen Ersatzzeitpunktes führen, so daß in diesem Fall der Kostensatz aus der Erhöhung des Kapitalwertes der späteren Reinvestitionsauszahlungen abzuleiten ist. Die vorgetragenen Überlegungen machten deutlich, daß der Kostensatz für den Einsatz von Produktionsfaktoren immer dann, wenn die damit verbundenen Konsequenzen deutlich über die Betrachtungsperiode hinausgehen, sachgerecht auf der Basis investitionstheoretischer Überlegungen zu bestimmen ist. Dies gilt nicht nur für den Betriebsmitteleinsatz, sondern je nach Art des Lagerhaltungssystems auch für den Werkstoffverbrauch.

Prof. Dr. *Michael Adams*, Universität Hamburg, sprach über die „Ökonomische Analyse der zukünftigen Produzentenhaftung“.

Durch die Richtlinie des Europäischen Rates vom 7. 8. 1985 wurde für die Folgen des Todes, der Körperverletzung und der Beschädigung privat genutzter Sachen eine vertraglich nicht abdingbare Gefährdungshaftung für den Hersteller eines fehlerhaften Produktes eingeführt. Der Vortrag beschäftigte sich mit der Frage, welche Wirkung dieser Regelung bei Berücksichtigung gleichartiger oder heterogener Konsumenten zukommt. Es wurde gezeigt, daß eine Gefährdungshaftung bei heterogenen Konsumenten zu mehr Unfällen, schlechterer Sicherheitstechnik und zu einer Umverteilung unter den Konsumenten führen kann. Weiterhin wurde dargelegt, welche Wirkung die verschiedenen Haftungssysteme bei fehlerhafter Risikowahrnehmung durch die Konsumenten und die Produzenten besitzen. Je nachdem, welche Seite Opfer einer Fehlwahrnehmung war, erwies sich die Gefährdungs- oder Verschuldungshaftung als das bessere Haftungssystem.

Prof. Dr. *Wolfgang Bühler*, Universität Dortmund, referierte über die „Bewertung von Optionen und Warrants auf Anleihen“.

Anleihen unterscheiden sich von Aktien durch einen in der Regel festliegenden Fälligkeitstermin. Dieser elementare Unterschied führt bei der Bewertung von Optionsrechten auf Anleihen zu einer Reihe von Komplikationen im Vergleich zu der analogen Fragestellung für Aktien, die sich aus dem spezifischen Kursverhalten von Anleihen ergeben (bekannter Kurs am Ende der Laufzeit, nach oben beschränkter Kurs vor Fälligkeit, abnehmende Kursvolatilität). – Unter Berücksichtigung dieses Kursverhaltens wurden in einem ersten Schritt unter Ausnutzung von Dominanzbeziehungen obere und untere Schranken für die Werte von Kauf- und Verkaufsoptionen abgeleitet. Im zweiten Schritt wurde mit Hilfe des auf Black / Scholes zurückgehenden stetigen Hedging-Prinzips eine partielle Differentialgleichung für den Wert europäischer und amerikanischer Optionen auf Anleihen entwickelt. Die numerische Lösung dieser Differentialgleichung und die ökonomische Interpretation der Ergebnisse war Gegenstand des abschließenden dritten Schrittes.

Prof. Dr. *Siegmar Stöppler*, Universität Bremen, beschäftigte sich mit dem Thema „Ansätze zu einer dynamischen Theorie der Unternehmung“.

Obwohl bislang wegen der naheliegenden Komplexität des zu untersuchenden Objekts keine – oder noch keine – umfassende dynamische Theorie der Unternehmung existiert, kann man davon ausgehen, daß eine Unternehmung stets in einem Gefüge von Restriktionen (Engpässen) operiert, das es möglich macht, typische Entwicklungspfade als Randlösungen eines Optimierungsproblems herauszukristallisieren und die Gesamtentwicklung als Abfolge solcher Pfade zu verstehen. Die Vorgehensweise der Pfadanalyse und Pfadsynthese wurde an einem Ansatz zur Produktionsplanung und Lagerhaltung, am Modell von Lesourne / Leban zur Entwicklung der Kapitalstruktur (Produktion, Investition und Finanzierung) mit der Absicht, den Substitutionsprozeß von Arbeit und Kapital beschreiben zu können, sowie am Modell von van Loon, das die staatliche Besteuerung und Investitionsförderungs-Politik einbezieht, demonstriert. In einem Ausblick wurde ein Modell konkurrierender innovativer Unternehmungen skizziert und ein Forschungsansatz zur Analyse „erfolgreicher“ Strategien in einem komplexen Simulationsmodell beschrieben.

Auf der Mitgliederversammlung wurde Prof. Dr. *Hugo Kossbiel*, Universität Frankfurt, als neues Mitglied kooptiert sowie Prof. Dr. *Herbert Hax*, Universität zu Köln, zum neuen Vorsitzenden gewählt. Auf der nächsten Sitzung des Ausschusses am 6. und 7. Mai 1988 soll über „Ökonomische Aspekte des Arbeitsvertrages“ referiert und diskutiert werden.

Prof. Dr. Werner Dinkelbach, Saarbrücken

Bildungsökonomischer Ausschuß

Die diesjährige Jahrestagung des Ausschusses fand am 21. und 22. 9. 1987 in Berlin statt und war dem Thema „Ökonomie der Hochschule“ gewidmet.

Die Zusammenhänge zwischen arbeitsmarktorientierter Hochschulbildung und deren Folgerungen für die Organisation und Finanzierung der Hochschulen standen im Mittelpunkt des Referates von Prof. Dr. *Hajo Riese* (FU Berlin) zum Thema „Differenzierung des Angebots und Alternativen der Finanzierung – Grundlagen einer ökonomischen Theorie der Hochschule“. Riese folgerte, daß die deutschen Hochschulen den Funktionsbedingungen der Marktwirtschaft besser entsprechen würden, wenn sie mehr Differenzierung, sprich: fachlich stärker differenzierte Studiengänge, anböten. Täten die Hochschulen dies, gerieten sie allerdings in Konflikt mit dem weitgehend staatlichen Finanzierungssystem und seinen Allokationsmechanismen, wobei allerdings zu berücksichtigen sei, daß die überwiegend staatliche Finanzierung wegen zu geringer privater Zahlungsbereitschaft für Hochschulbildung unabdingbar sei.

Über eine am Max Planck-Institut für Bildungsforschung durchgeführte empirische Untersuchung über Reputationshierarchien in Fachwissenschaften berichtete Dr. *Jens Naumann* (MPI Berlin) unter dem Thema „Qualitätsabstufungen und Leistungswettbewerb zwischen den Fachbereichen – objektive Gegebenheiten und subjektive Bewertungen“. Die Untersuchung bezieht auch die Wirtschaftswissenschaften ein und weist für sie eine ausgeprägte Rangordnung der Fachbereiche in bezug auf Reputation nach sowie einen überraschend hohen Konsens über diese Rangordnung.

Den Humboldtschen Anspruch der Einheit von Forschung und Lehre an den Universitäten unterzog Dr. *Uschi Backes* (Universität Trier) einer betriebswirtschaftlich-organisationstheoretischen Analyse („Zum Verhältnis von Forschung und Lehre in sozialwissenschaftlichen Fachbereichen“). Sie zeigte, daß sich im Hinblick auf die Funktionen Beschaffung, Produktion und Absatz deutliche Verbundeffekte aufzeigen lassen. Sie stützen die Humboldtsche Forderung. Auch eine empirische Analyse bestätigt, daß die Forschungseffizienz von Fachbereichen mit der Zahl der Studenten positiv korreliert ist – allerdings nur bis zu einer Obergrenze. Andererseits läßt sich theoretisch und empirisch zeigen, daß nur bestimmte Formen der Lehre die Forschungseffizienz begünstigen (insbesondere Hauptstudiumsveranstaltungen, Diplom- und Doktorarbeiten). Hieraus läßt sich für das Verhalten der Hochschullehrer – als Reputationsmaximierer – die Verhaltenserwartung ableiten, daß sie die Lehre einseitig forschungsdienlich gestalten. Die bestehenden Anreizmechanismen in der Hochschule wirken sich daher insbesondere im Grundstudium und auf die Studien- wie Promotionsdauer nachteilig aus.

Die „Ursachen der langen Studiendauern in der Bundesrepublik und die Möglichkeiten der Universitäten zu ihrer Beeinflussung“ untersuchte Prof. Dr. *Christof Helberger* (TU Berlin). Anhand einer empirischen Untersuchung der fachbereichsspezifischen Studiendauern in 3 Disziplinen (darunter auch der Wirtschaftswissenschaften) läßt sich nachweisen, daß die Lehr- und Prüfungsgestaltung der Fachbereiche einen starken Einfluß auf die Studiendauer hat. Mit dem gewählten Untersuchungsansatz lassen sich die relevanten Faktoren im einzelnen identifizieren und in ihrem Effekt abschätzen. Die Untersuchung kann für Fachbereiche, welche mit langen Studiendauern konfrontiert sind, konkrete Hinweise geben. Gleichzeitig wird gezeigt, daß die Wahrnehmung von Verkürzungsmöglichkeiten ein Interesse der Fachbereichsmitglieder (insbesondere der Professoren, aber auch der Studenten) voraussetzt, welches im derzeitigen organisatorischen Rahmen der Hochschulen schwach ausgeprägt ist.

In allgemeinerer Perspektive referierte Dr. *Edgar Frackmann* (HIS-GmbH, Hannover) über „Probleme der Hochschulsteuerung unter besonderer Berücksichtigung von

Leistungsindikatoren“. Die deutsche Hochschulpolitik bedient sich traditionell der Inputsteuerung. International läßt sich eine Tendenz zu einer verstärkten Steuerung über Leistungsindikatoren (Outputindikatoren) beobachten. Der Referent, aber auch die anschließende Diskussion zeigten Vorteile wie auch Nachteile dieser Alternativen auf.

Am Fall der englischen Universitäten zeigte Prof. Dr. *John Sizer* (University Grants Committee, University of Loughborough) die Formen und Auswirkungen einer Umstellung auf eine Steuerung über Leistungskennziffern auf („British Universities' Responses to Financial Reductions“). In Großbritannien war diese Umstellung allerdings zugleich mit teilweise dramatischen Haushaltskürzungen verbunden. Das Referat macht eindrucksvoll deutlich, welche Managementanforderungen an die Hochschulen unter diesen Bedingungen gestellt werden bzw. von ihnen erbracht (oder auch nicht erbracht) werden.

Dr. *Hans-Jürgen Block* (Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Köln) analysierte „Maßnahmen für eine Förderung des leistungssteigernden Wettbewerbs im deutschen Hochschulsystem“. Für den Bereich der Lehre einerseits und der Forschung andererseits wurde eine Vielzahl von Maßnahmealternativen dargestellt. Es wurde deutlich, daß die Hochschulpolitik, ohne das bestehende Hochschulsystem revolutionieren zu müssen, große Gestaltungsspielräume für eine Leistungssteigerung der Hochschulen und eine Intensivierung des Wettbewerbs zwischen ihnen hat.

Angesichts der interessanten Referate war die Diskussion lebhaft. Die Jahrestagung 1988 soll das Thema „Ökonomie der Hochschule“ am Tagungsort Frankfurt (am 26./27. 9.) noch einmal fortführen. Dr. *Hans-Peter Blossfeld* (Max Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin) wurde neu in den Ausschuß aufgenommen.

Prof. Dr. Ch. Helberger, TU Berlin

Ausschuß für Geldtheorie und Geldpolitik

Die 17. Ausschußsitzung fand am 4. und 5. Februar 1987 in Frankfurt unter dem Vorsitz von Prof. Dr. *Armin Gutowski* statt. Es war die letzte Sitzung unter seiner Leitung. Er ist am 29. November im Alter von 57 Jahren in Hamburg verstorben.

Die Sitzung beschäftigte sich mit dem Generalthema „Probleme der Weltwährungsordnung“. Als Gastreferenten nahmen Prof. Dr. *Rüdiger Pohl* (Hagen) und Prof. Dr. *Eduard Bomhoff* (Rotterdam) an der Tagung teil. Außerdem stand *H. Robert Heller*, Mitglied des Board of Governors des Federal Reserve System (Washington, D. C., USA) dem Ausschuß zu einer Fragestunde zur Verfügung.

Eröffnet wurde die Tagung mit dem Referat von Prof. Dr. *Rüdiger Pohl* zum Thema „Zur Theorie der geldpolitischen Kooperation im Rahmen der internationalen Währungspolitik“. Kernstück des Beitrags war ein zwei-Länder-Modell, anhand dessen ein Vergleich zwischen kooperativen und nicht-kooperativen Strategien der Geldpolitik vorgenommen werden konnte. Als Wohlfahrtskriterium diente eine Zielfunktion vom Typ der temporären Phillips-Kurve. In der Diskussion richtete sich die Kritik gegen die Spezifikation dieser Zielfunktion, die anstelle der Inflationsrate das absolute Preisniveau vorsah. Auch die bleibende Nichtneutralität des Geldes wurde als Konstruktionsmangel des Modells empfunden.

Mit dem zweiten Referat präsentierte Prof. Dr. *Manfred Willms* (Kiel) einen Überblick über rezente Vorschläge für eine Reform der Weltwährungsordnung. Diese umfaßten McKinnon's Konzept einer globalen Geldmengensteuerung bei festen

Wechselkursen und Williamson's Bandbreiten- sowie Multiindikator-Konzept. In der Diskussion überwog eine skeptische Haltung gegenüber diesen Reformvorschlägen; der kritische Punkt wurde in der realiter begrenzten Chance gesehen, dominante Volkswirtschaften wirtschaftspolitisch zu disziplinieren, um einen Bretton-Woods-Prozeß zu verhindern.

Die beiden Referate von Prof. Dr. *Reinhard Pohl* (DIW, Berlin) und Prof. Dr. *Eduard Bomhoff* (Rotterdam) hatten empirische Analysen zur Entwicklung des Dollarkurses zum Gegenstand. Pohl's Beitrag lieferte neue Evidenz zugunsten der Kaufkraftparitätentheorie als längerfristigem Erklärungsansatz für die Bewegungsrichtung des DM/Dollar-Kurses. Bomhoff's Arbeit richtete sich auf den Yen/Dollar-Kurs; Ziel der Studie war die Quantifizierung der vermuteten Risikoprämie in der antizipierten Realzinsdifferenz und deren Variabilität im Zeitablauf. Als ökonometrische Methode kam das Kalman-Filter-Verfahren zur Anwendung. Theoretisches Kernstück beider Beiträge war das Zusammenspiel von Nominalzinsparität und Realzinsparität im Zeitablauf. Diese Theoreme bildeten dann auch den Schwerpunkt der Diskussionen; erörtert wurden hierbei verschiedene Argumente zugunsten einer systematischen Erklärung für nicht nur temporäre, sondern auch anhaltende Realzinsdifferenzen.

Die Beiträge dieser Tagung werden in einem Band der Reihe „Schriften des Vereins für Socialpolitik“ unter dem Titel „Wechselkursstabilisierung und Währungs Kooperation“, herausgegeben von Prof. Dr. *Armin Gutowski*, beim Verlag Duncker & Humblot (Berlin) im Jahre 1988 erscheinen.

Dr. Franco Reither, Hamburg

Ausschuß Entwicklungsländer

Die Jahrestagung 1987 des Ausschusses „Entwicklungsländer“ fand vom 26. bis zum 28. November 1987 im Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik der Ruhr-Universität Bochum statt. Sie war mit der Fragestellung „Zur Analyse von Institutionen im Entwicklungsprozeß und in der internationalen Zusammenarbeit“ einem in seiner Relevanz bisher oft unterschätzten, gleichwohl wichtigen Thema der Entwicklungsländerforschung gewidmet.

Das dreißigjährige Bestehen des Ausschusses Entwicklungsländer gab zudem Anlaß, dieses Jubiläum mit einem Kaminesgespräch auf Wasserschloß Kernnade zu begehen. Vertreter der Hochschulen und der entwicklungspolitischen Institutionen nutzten den festlichen Rahmen zu einem Gedankenaustausch über „30 Jahre entwicklungspolitische Ausbildung an deutschen Hochschulen“. Prof. Dr. *B. Knall* vom Südasieninstitut (Universität Heidelberg), Prof. Dr. *H.-R. Hemmer* vom Institut für Volkswirtschaftslehre und Entwicklungsländerforschung, Gießen, Dr. *H.-H. Taake* vom Deutschen Institut für Internationale Entwicklung (DIE) und Dipl. Volksw. *C. Roger* von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) diskutierten Aspekte der universitären Ausbildung, der fachspezifischen Weiterqualifizierung und der späteren beruflichen Tätigkeitsfelder. Es wurde hervorgehoben, daß neben der fachlichen Qualifikation auch die sogenannten „soft skills“ nicht zu unterschätzende Faktoren der beruflichen Eignung auf dem komplexen und anspruchsvollen Feld der Entwicklungszusammenarbeit sind: Motivation, Durchsetzungsfähigkeit, Einsatzbereitschaft und ein situationsadäquates „Fingerspitzengefühl“ haben häufig eine herausragende Bedeutung für die Qualifikation des in der Entwicklungszusammenarbeit tätigen Fachpersonals.

Die Verhaltensweisen des Fachpersonals in den Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit sind somit keineswegs unabhängig vom Ausbildungshintergrund. Den institutionellen Verhaltensweisen sowohl auf der Geber-, als auch auf der Empfängerseite liegen darüber hinaus eine Vielzahl anderer Faktoren zugrunde. Deshalb wäre es verfehlt, allein monokausalen Erklärungsmustern zu folgen. Der wissenschaftlichen Durchdringung dieser komplexen und für die Durchsetzbarkeit wirtschaftspolitischer Empfehlungen so überaus wichtigen Zusammenhänge diene der „Arbeitsteil“ der Jahrestagung.

Die Bedeutung der Analyse von Institutionen wurde im Rahmen einer kritischen Bilanz der Leistungsfähigkeit der ‚Neuen politischen Ökonomie‘ für die Erklärung des Verhaltens insbesondere in den Institutionen der „Nehmerseite“ untersucht. Hiermit sollte nicht zuletzt auch ein Beitrag zur Klärung der Durchführbarkeit von wirtschaftspolitischen Gestaltungsvorschlägen in der Praxis geleistet werden. Prof. Dr. R. Clapham (Siegen) behandelte diese Fragestellung in einem Referat zum Thema „Erklärungsansätze der ‚Neuen politischen Ökonomie‘ für entwicklungspolitische Entscheidungen“. Er kam zu dem Ergebnis, daß sich die ‚Neue politische Ökonomie‘ für die Analyse von Entwicklungsbürokratien sowohl autoritärer, als auch demokratischer Regierungsformen in vielen Punkten noch als recht rudimentär erweist. Vor allem die Herausbildung vollkommen neuer Institutionen werden in dem diskutierten Ansatz nicht hinreichend berücksichtigt. Beim Stand des heutigen Wissens scheint es daher sinnvoll, wenn die Analyse der internen Struktur, der Neubildung von Institutionen und vor allen Dingen der individuellen Verhaltensweisen in Entwicklungsadministrationen verstärkt zum Gegenstand der Entwicklungsländerforschung wird.

Nicht nur die Verhaltensweisen in den Administrationen und Bürokratien der Entwicklungsländer, auch die entsprechenden Institutionen auf der „Geberseite“ sind ein noch unzureichend beachtetes Gebiet der Forschung. Dieses Defizit erscheint nicht zuletzt angesichts der seit Mitte der siebziger Jahre sich abzeichnenden tiefgreifenden Umstrukturierungen und damit einhergehenden Turbulenzen der Weltwirtschaft als besonders gravierend, weshalb auch die Institutionen der technischen und finanziellen Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland vor schwierige und neuartige Herausforderungen gestellt werden. Angesichts dieser Situation suchte das Referat von Prof. Dr. D. Weiss mit dem Titel „Volkswirtschaftliche Beratung und Politikdialog – Die institutionelle Dimension“ die Anforderungen für die Arbeit der Berater in den entwicklungspolitischen Institutionen darzustellen: Die volkswirtschaftliche Beratung werde bei der Unterstützung der im Hinblick auf den weltwirtschaftlichen Strukturwandel dringend gebotenen Anpassungen in den Entwicklungsländern vor vollkommen neue Aufgaben in Form des Politikdialogs gestellt. In dieser Hinsicht seien organisatorische und personelle Konsequenzen auch in den mit der Entwicklungszusammenarbeit befaßten Institutionen der Bundesrepublik Deutschland unabdingbar. In diesem Zusammenhang regte Weiss den Aufbau eines fachlich kompetenten „Berater-Corps“ als Träger des Politikdialogs an.

Ist die institutionelle Verbesserung für einen Politikdialog auf seiten der Industrieländer eine mögliche Vorbedingung zur Bewältigung der erforderlichen Anpassungsprozesse in der Dritten Welt, so stellt sich darüber hinaus die Frage, ob nicht auch die internen politischen Strukturen in den Entwicklungsländern entsprechend verändert werden müssen, wenn es zur Sturkturanpassung und zur beschleunigten wirtschaftlichen Entwicklung kommen soll. Diesem Problem widmete sich Prof. Dr. H. Elsenhans (Konstanz) mit dem Referat „Zur Theorie und Praxis bürokratischer Entwicklungsgesellschaften“. Ausgangspunkt seiner Analyse war das Konzept der „Staatsklasse“, die in der überwiegenden Zahl der Fälle zu einer unproduktiven Verwendung von Ressourcen neigt, und damit den wirtschaftlichen Fortschritt hemmt. Die Tätigkeit der

staatlichen Institutionen wird insofern zugunsten von Einzelinteressen des „Führungspersonals“ und privater Interessengruppen manipuliert. Derartige Verhaltensweisen werden um so mehr Relevanz gewinnen, je ausgeprägter aufgrund bestehender struktureller Defizite und Inflexibilitäten der Wirtschaft die Abschöpfung von Renten zu einer wesentlichen Quelle der Finanzierung der staatlichen Aktivitäten werden. Unter diesen Bedingungen wird dann die Konzeption einer situationsadäquaten Entwicklungspolitik äußerst problematisch. Spekulationen über eine rasche Beseitigung der „Staatsklassen“ müßten stets als Ausfluß rigoristischen Wunschdenkens erachtet werden. Relevant sei hingegen die Frage nach Möglichkeiten zur Begrenzung der Vergeudung und zur Stärkung von reformorientierten Segmenten der „Staatsklassen“.

Behandelten die Ausführungen zu den Staatsklassen und der Bedeutung von Renteneinkommen eher grundsätzliche Überlegungen zum Verhalten staatlicher Institutionen und Entscheidungsträger in Entwicklungsländern, so wies ein weiteres Referat auf ein spezifisches institutionelles Strukturdefizit der unterentwickelten Volkswirtschaften hin. In einer Welt zusammenwachsender Finanzmärkte wird die Bedeutung monetärer Aspekte des Entwicklungsprozesses immer offenkundiger. Prof. Dr. W. Hankel (Frankfurt) erörterte die Rolle der „Kapitalmärkte und Finanzinstitutionen in Entwicklungsländern“ auch und besonders im Lichte der sehr ernsthaften externen Verschuldungssituation einer Reihe von Entwicklungsländern. Verglichen mit der wirtschaftlichen Entwicklungsgeschichte der jetzigen Industrieländer sei in den heutigen Entwicklungsländern eine „finanzielle Revolution“ ausgeblieben. Eine Transformation der Gesellschaft durch Geld, Kredit und Banken konnte nicht gelingen. Entwicklungsbarrieren seien die unausweichliche Konsequenz. Angesichts der Kreditimportkonkurrenz des transnationalen „off-shore-banking“ sei deshalb die Stärkung des Selbstfinanzierungspotentials eine entscheidende entwicklungspolitische Aufgabe, deren Bewältigung auch für die Lösung der Verschuldungskrise einen nicht zu unterschätzenden Beitrag leisten könne. Höhere Besteuerungsquoten zur Verminderung des „Inflationsbedarfs“ des Staates, höhere und realwertgesicherte Zinsen, ferner ein begrenzter monetärer Interventionismus in Form von Kreditimportkontingenten und Auslandsschuldungsceilings zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit eines bisher noch wenig vernetzten Kreditsektors und zur Stärkung der Selbstfinanzierungsfähigkeit wurden vom Referenten zur Diskussion gestellt.

Mit der Erörterung der institutionellen Aspekte im Entwicklungsprozeß befaßte sich die diesjährige Tagung mit einem schwierigen und komplexen, gleichwohl überaus wichtigem Gebiet der Umsetzung wirtschaftswissenschaftlicher Theorie in Politik. Die lebhafteste, oftmals auch kontrovers geführte Diskussion zeugt nicht zuletzt von der Bedeutung dieses Gegenstandes. Damit erweist sich der „Entwicklungsländerausschuß“ auch nach nunmehr dreißigjähriger Tätigkeit als Forum fruchtbarer wissenschaftlicher Diskussionen über die oftmals leider noch immer ungelösten Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer.

Dipl.-Wirtsch.-Ing. Bodo Wilkens, Darmstadt